

Standortpolitik for ever?

Von

Heiner Flassbeck

FTD, 26.5. 2005

Was Deutschland tut, das tut es gründlich. Als sich die Wirtschaftspolitik Anfang der 90er Jahre entschloss, der vermeintlichen Wettbewerbsschwäche des vereinten Deutschland den Kampf anzusagen, wurde daraus rasch eine nationale Bewegung, der sich keine Partei, kein Unternehmen, keine Gewerkschaft und nur wenige professionelle Ökonomen entziehen konnten.

Heute kann man die Früchte dieser großen Koalition zur Rettung Deutschlands besichtigen. Der deutsche Leistungsbilanzsaldo, der umfassendste Ausdruck der wirtschaftlichen Beziehungen eines Landes zur Außenwelt, schließt nach mehr als zehn Jahren eines einigungsbedingten Verharrens nahe der Nulllinie, wieder mit einem riesigen Überschuss ab. Trotz der weiterhin gewaltigen Defizite Ostdeutschlands, hat Deutschland insgesamt im vergangenen Jahr weit mehr Güter und Dienste exportiert als importiert. Auf 85 Mrd. Euro belief sich 2004 der Saldo der laufenden Transaktionen mit der gesamten Welt. Finanziert wird das Defizit des Auslandes durch zusätzliche Verschuldung der Handelspartner bei uns, weil niemand ohne neue Schulden mehr Güter kaufen als verkaufen kann.

Es ist erstaunlich, dass trotz der immer lauter werdenden Diskussion über die Bedrohung der Weltwirtschaft durch die gewaltigen amerikanischen Leistungsbilanzdefizite und der damit zunehmenden Verschuldung Amerikas gegenüber dem Rest der Welt der deutsche Überschuss in der internationalen Diskussion kaum eine Rolle spielt. Das liegt offenbar daran, dass ein Großteil der Überschüsse in den letzten Jahren gegenüber den Ländern in der Europäischen Währungsunion entstanden ist, in der internationalen Diskussion die Währungsunion aber als Ganzes im Mittelpunkt steht. Deren Leistungsbilanz ist aber nur ganz leicht im Plus.

Von den 116 Mrd. Euro, um die der deutsche Saldo von 2000 bis 2004 gestiegen ist, entfallen 64 Mrd. auf die EU Länder und davon 27 Mrd. auf die Mitglieder der Währungsunion. Letztere haben sich allein im vergangenen Jahr um 15 ½ Mrd. gegenüber Deutschland neu verschuldet, haben also in dieser Größenordnung mehr Güter von Deutschland gekauft als an Deutschland verkauft. Auffallend sind dabei die großen Zuwächse des Defizits in Spanien (fast fünf Milliarden), Italien (3 ½ Mrd.) und in Frankreich (3 ½ Mrd.).

Die Kombination aus deutscher Exportstärke und deutscher Binnenmarktschwäche bringt immer deutlicher zum Ausdruck, dass die anderen über ihren Verhältnissen leben, während Deutschland unter seinen Verhältnissen lebt. Deutschland verbessert seine Wettbewerbsfähigkeit über sinkende Lohnkosten, aber um den Preis sinkender Einkommen, schwachen Konsums und andauernder Wachstumsschwäche, während die Anderen zwar an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, binnenwirtschaftlich aber zunächst noch besser dastehen.

Auf längere Sicht ist die sich rasch ausweitende Kluft zwischen den erfolgreichen deutschen Exporteuren und den Verlierern im Kampf der Nationen für die Europäische Währungsunion absolut fatal. Deutschlands reale Abwertung und seine Exporterfolge gehen unmittelbar zu

Lasten vieler anderer Produzenten hochwertiger Industriegüter in Europa. Die Verlierer innerhalb der Währungsunion werden in der „argentinischen Falle“ enden. Während Länder außerhalb der Währungsunion früher oder später abwerten, und auf diese Weise den deutschen Vorsprung ausgleichen, steht den Mitgliedern der Union dieses Ventil, wie Argentinien in den 90er Jahren, nicht mehr zur Verfügung. Mehr noch, sie verlieren sogar zusätzlich an Wettbewerbsfähigkeit, wenn der Euro wegen der deutschen Stärke aufwertet.

Spanien und Italien, um nur die größten der betroffenen Länder zu nennen, müssten die Lohnzuwächse massiv begrenzen, um bei unveränderter deutscher Standortpolitik den jetzigen, schon sehr schlechten Stand ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit auch nur zu halten. Selbst das bedeutet aber, dass sie für alle Zukunft Jahr für Jahr Marktanteile an deutsche Produzenten abgeben werden. Um Marktanteile zu halten oder gar in einem überschaubaren Zeitraum Marktanteile zurück zu gewinnen, müssten sie auf Lohnsteigerungen vollständig verzichten oder die Löhne absolut senken. Schaffen sie das nicht, wird ihre Verschuldung gegenüber Deutschland permanent zunehmen bzw., was auf das Gleiche hinausläuft, sie müssen ihre wirtschaftliche Substanz nach und nach an Deutschland verkaufen, um ihr Über-die-Verhältnisse-Leben zu bezahlen.

Manche argumentieren, in einer Währungsunion sei der Ausverkauf einer Region an eine andere Region nicht weiter schlimm, weil ja keine Währungskrise oder andere direkte wirtschaftliche Bestrafung der unsoliden Region droht. Dass das ein Irrtum ist, kann man allerdings jeden Tag in Deutschland beobachten. In der deutschen Währungsunion muss Ostdeutschland, der schwächere Teil, sein Über-die-Verhältnisse-leben extrem teuer bezahlen, obwohl er noch immer in einem Maße durch öffentliche Transfers gestützt wird, das in Europa undenkbar wäre.